

Verantwortung ist ganz ohne Transzendenz nicht denkbar

Christliches Handeln im Osten Deutschlands – gestern und heute

Günter Nooke

Die Redaktion bat mich, angeregt durch einen Beitrag in dieser Zeitschrift von Wilhelm Ernst zum christlichen Handeln in den neuen Bundesländern vom August dieses Jahres (*Die politische Meinung* 369, Seite 49 ff.), aus protestantischer Sicht das Bild um ein paar Facetten zu erweitern. Dem bin ich gern nachgekommen, auch wenn ich natürlich zuerst aus politischer Perspektive und als evangelischer Christ und nicht als Gesellschaftswissenschaftler schreibe.

Zuerst zum geographischen Ort: Das Gebiet der neuen Bundesländer, das alte Mitteldeutschland, war Missionsgebiet der katholischen Kirche und wurde zum Stammland der Reformation. Luther verstand darunter geistige Erneuerung und nicht Rebellion. Nicht einmal gegen die (katholische) Amtskirche zu Felde zu ziehen war sein Anliegen, sondern Glaube und Christsein neu an Jesus Christus und allein der Schrift auszurichten. Er hoffte auf die Reformation seiner katholischen Kirche durch Christus selbst.

Entchristlicht war dieses Gebiet zwischen Elbe und Oder damit „weiß Gott“ nicht. Aber sicher ist es richtig, dass die protestantische Prägung für das Handeln der Kirchen und einzelner Personen von wesentlicher Bedeutung ist: Sie bot mehr Chancen, aber auch mehr Risiken! Damit soll vorerst nicht

mehr gemeint sein, als dass damit zwar ein Gewinn an Freiheit, aber auch ein Verlust an Bindung im Sinne von Halt verbunden ist.

Die Reformation war, wie oben angedeutet, auch so etwas wie eine Gegenbewegung – sei es nun in reformerischer oder revolutionärer Absicht. Sie hatte Ursachen, die eine Re-Aktion provozierten. Der Anlass ist heute kaum mehr vorstellbar: Papst Leo X. brauchte Geld für den Petersdom in Rom und schickte deshalb Ablassverkäufer im Stile moderner Drückerkolonnen übers Land, die päpstliche Zertifikate über die Vergebung aller Sünden an die Leute verhökerten. Weil einer nicht mitmachte, Friedrich der Weise aus Sachsen, kam es schließlich am 31. Oktober 1517 zu Luthers Thesenanschlag an der Schlosskirche zu Wittenberg. Erst später, in der Folge dieser Ereignisse und nicht ohne eine erhebliche Verantwortung Luthers, kam es zur Kirchenspaltung und zu immer neuen Kirchengründungen bis heute.

Vielleicht darf deshalb die These gewagt werden, dass die Auseinandersetzung mit staatlicher und kirchlicher Macht auf Grund theologischer Überzeugung und durch christliches Handeln einzelner im Osten Deutschlands eine ganz besondere Tradi-

tion hat. Und vielleicht ist auch das Bewusstsein etwas stärker vorhanden, dass wir über Reformation heute nur noch in ökumenischem Zusammenhang nachdenken und sprechen können.

Quälende Fragen

Katholische und evangelische Kirche und mit ihnen katholische und evangelische Christen unterscheiden sich neben anderem meines Erachtens in ihrem Verhältnis zur Macht. Da Politik immer Machtpolitik ist, heißt das implizit also, sie unterscheiden sich in ihrer Beziehung zur Politik. Es wäre sicher nicht richtig, Luther zu unterstellen, er habe wenig von Politik verstanden. Auch seine politischen Schriften, wie die von der „Freiheit eines Christenmenschen“, beweisen das Gegenteil. Aber warum seine „Zwei-Reiche-Lehre“ so oft missverstanden wurde, warum Hitler seine Wahlerfolge vor allem in den evangelisch geprägten Gegenden hatte, die Deutschen Christen wesentlichen Einfluss auf alle Landeskirchen im Osten gewannen und warum daraus dennoch nicht genug gelernt wurde für die nachfolgende Diktatur im SED-Sozialismus, sind quälende Fragen an uns Protestanten.

Auf die opportunistische Anpassung und die Häresie der Deutschen Christen, die zur ideologischen Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus geführt hatten, folgte allerdings auf Drängen der Bekennenden Kirche, die während des Dritten Reiches die evangelischen Christen vor dieser Gleichschaltung zu bewahren versuchte, auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es kam mit Berufung auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934, die in ihrer fünften These die Rolle von Kirche und Staat klärte, zu einer Erneuerung. Die Schuld der Kirche wurde im „Stuttgar-

terSchuldbekennnis“ im Oktober 1945 und zwei Jahre später im „Darmstädter Wort“ bekannt.

Für unsere kirchliche Arbeit in der DDR waren dies alles wichtige Momente, die Wirkungen erzeugten, aber es auch geboten erscheinen ließen, kritische Fragen an die Verantwortlichen der Kirchenleitung zu stellen. Im April 1989 stellte ich zum Beispiel meinem Cottbuser Generalsuperintendenten in einem Gespräch, in dem wir uns über die weitere Arbeit an dem von unserem Friedenskreis herausgegebenen, aber aus staatlicher Sicht nicht genehmigten Info-Blatt *Aufbruch* gestritten hatten, die provokante Frage: So wie Sie kann man eigentlich nur reden, wenn die Kirche ihr Schuldbekennnis für die Zeit, wo das hier mal vorbei ist, schon in der Schublade hat! Ich bin nicht sicher, ob mein Gegenüber die Bemerkung überhaupt verstanden hat oder an sich heranließ. Es waren jedenfalls diese frustrierenden Erlebnisse, die mich an einigen Vertretern meiner Kirche zweifeln ließen, nicht weil sie politisch wenig überzeugten, sondern weil sie aus ihrer eigenen Geschichte und Theologie so wenig gelernt hatten.

Damit ist natürlich nicht die Rolle der evangelischen Kirche insgesamt beschrieben, die zu jeder Zeit wichtige Freiräume und Begegnungsmöglichkeiten in der geschlossenen DDR-Gesellschaft bot. Ich bin aber auch überzeugt: Eine ehrliche Bestandsaufnahme wird erst möglich sein, wenn diese Kirche nicht mehr versucht, jene Einzelnen zu decken, die in ihren Kontakten zur Staatssicherheit und mit ihrer Anbiederung staatlichen Stellen gegenüber zu weit gegangen waren.

Dass es Fehlverhalten gab, lag nicht nur in der Natur des Menschen, sondern hatte auch strukturelle Ursachen. Während der Vatikan und mit ihm die zentral geleitete ka-

tholische Kirche immer auch selbst Macht ausübte und Orientierung gab, war die evangelische Kirche synodal, das heißt dezentral und demokratisch, verfasst und gab sich welt- und religionsoffen. Für das Lernen demokratischer Verfahren und einer offenen Diskussionskultur war das von wesentlicher Bedeutung.

In dem einen Fall konnten katholische Christen oder Priester sich auf die Order aus Rom („Wir haben Weisung“) zurückziehen und mussten sich nicht auf unerquickliche Gespräche mit Lehrern und staatlichen Stellen einlassen. Ihre Freiheit, eigenverantwortliche Wege zu gehen, war begrenzt. Gespräche mit dem Staat führte in der Regel nur der Bischof. Damit war die Versuchung der Grenzüberschreitung, die mit solchen Gesprächen immer verbunden war, ebenfalls auf wenige Personen begrenzt. Eigenverantwortliches Handeln ist in keiner Diktatur gefragt, insbesondere waren die Machthaber im SED-Staat daran interessiert, die Kirchen „auf die Befriedigung privater religiöser Bedürfnisse durch gottesdienstliche Kulthandlungen“ (Eberhard Jüngel) in abgeschlossenen Räumen zu reduzieren. Ihre Bedeutung wurde – wenn überhaupt – für den einzelnen Menschen anerkannt. Keinesfalls aber durfte damit eine (politische) Außenwirkung verbunden sein.

Es ist sicher nicht ganz falsch, wenn ich aus meiner (protestantischen) Erfahrung den Eindruck erhielt, dass diesem Anliegen auf Grund der inneren Struktur die katholische Kirche eher entsprechen konnte als die evangelische. Sie hatte es nicht nötig – weder politisch noch theologisch –, sich in besonderem Maße auf den Staat und den real existierenden Sozialismus im Osten Deutschlands einzulassen. Dieser Abstand der katholischen Amtskirche, der in der Öffentlichkeit oft größer wirkte als er wirklich

war, hat mich zu DDR-Zeiten im Vergleich mit der „Kirche im Sozialismus“, dieser unseligen Formel nach dem Antrittsbesuch des Bundes der Evangelischen Kirchen am 6. März 1978 beim Staatsratsvorsitzenden und SED-Chef Erich Honecker, immer beeindruckt. Relativ gab es hier bei einzelnen Priestern und Christen nicht weniger Verfehlungen, konspirative Stasikontakte und Grenzüberschreitungen als bei Protestanten. Doch nie kam der Verdacht auf, die Unabhängigkeit der Kirche insgesamt sei gefährdet gewesen.

Verhältnis zur Macht

Die Neigung, sich politisch nicht völlig zu verweigern, war nach meiner Erfahrung bei Katholiken größer als bei evangelischen Christen; sie waren relativ häufiger Mitglied in der Blockpartei CDU und engagierten sich oft aus ganz ehrlichen pragmatischen Motiven vor Ort in den Städten und Gemeinden. Dieses unbefangene Verhältnis zur Macht zeigte sich auch in den Monaten des Zusammenbruchs der DDR in der größeren Bereitschaft von Katholiken, politische Verantwortung zu übernehmen, während so manche protestantisch geprägte Oppositionsgruppe noch darüber stritt, ob Macht nicht an sich etwas Böses sei.

Wilhelm Ernst sprach in seinem eingangserwähnten Beitrag aus katholischer Sicht von einer Diaspora jenseits von Elbe und Werra. Für die evangelische Kirche war das nach Kriegsende noch anders. Zwar verringerte sich die Mitgliederzahl der evangelischen Landeskirchen im Osten im durchorganisierten, diktatorischen und atheistischen Umfeld der DDR kontinuierlich, aber wenn es eine Institution in der DDR gab, die – formal sogar mit verfassungsmäßig garantierter Unabhängigkeit ausgestattet – über

haupt in der Lage war, eine relevante Anzahl von Menschen zu erreichen, und somit ein gewisses politisches Gefährdungspotenzial für die Diktatur darstellte, dann war es die Evangelische Kirche in der DDR!

Eberhard Jüngel bezeichnete in seinem Beitrag vor der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zum Thema „Die Haltung der evangelischen Kirchen zum SED-Staat im geteilten Deutschland“ am 14. Dezember 1993 in Erfurt die Funktion der evangelischen Kirche als „Gegenöffentlichkeit in einer entmündigten und geknebelten Öffentlichkeit“. Ich selbst habe die evangelische Kirche, als es um Organisation und die zu diskutierenden Inhalte der Ökumenischen Versammlung in der DDR im Rahmen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ging, aufgefordert, sie solle „ihre politische Verantwortung wahrnehmen, insbesondere die evangelische Kirche als einzig relevante Opposition in einem totalitären System“.

Genau in der hier beschriebenen Funktion bestand die Herausforderung der evangelischen Kirche, der Pfarrer und jedes Gemeindeglieds. Sie alle befanden sich in einem spannungsvollen Gegensatz zwischen kirchlichem Auftrag und politischer Erwartungshaltung unter den konkreten Bedingungen einer Diktatur. Letztere wiederum war hoch aufgeladen durch die gegensätzlichen Erwartungen, die zum einen der SED-Staat an die Kirche stellte, nämlich gerade nicht diese Gegenöffentlichkeit herzustellen und die Rolle einer sonst nicht vorhandenen Opposition auszufüllen, und andererseits die Erwartung des aufgeklärten Staatsbürgers und Christen an dieselbe Kirche, genau das zu tun. Kirchliche Oppositionsgruppen, die keineswegs in der Mehr-

zahl das Dach der Kirche suchten, sondern unter diesem aufwuchsen, bauten darauf ihren politischen Druck gegenüber der Amtskirche auf.

Im Rahmen dieses Artikels kann nicht näher darauf eingegangen werden, aber ich halte den Hinweis für wichtig, dass Menschen und Gesellschaft in der DDR nicht zuerst und allein von den ideologischen Lehren der Partei und des Marxismus/Leninismus her beurteilt werden dürfen. Die DDR-Gesellschaft war nicht ausschließlich von diesen ideologischen Inhalten geprägt. Das dort Gelehrte hat bei den meisten Menschen viel weniger verfangen, als uns heute einige Dokumentenforscher einzureden versuchen. Dass man sich indirekt und über vierzig Jahre dann doch immer stärker an Dinge gewöhnte, gehört allerdings auch zur Realität. Gott ging ja diesen Menschen nicht durch eine Erkenntnis verloren oder durch die Reden der SED-Genossen. Vielmehr spielte er im Laufe der Zeit in ihrem Leben eine immer geringere Rolle. Es war hier ebenso normal, nicht getauft zu sein, zur Jugendweihe zu gehen und bei der Bestattung nur einen (sozialistischen) Redner zu haben, wie dieses im Westen unnormal war. (Hier darf wiederum bei der Beurteilung der Lage in Westdeutschland nicht übersehen werden, dass die Anzahl der Kirchenmitglieder und die Inanspruchnahme der Kirche für private Feste auch nur wenig darüber aussagten, welche Bedeutung Gott und christliches Handeln für den Einzelnen wirklich haben.)

So ging es bei dem SED/SPD-Papier „Zum Streit der Ideologien...“ im Vorfeld des Honecker-Besuches in Westdeutschland weniger um die Inhalte, sondern mehr um die damit erzeugte Wirkung nach außen und nach innen. Mich ärgerte die Stellungnahme meiner Kirche, die die Formel vom

„friedlichen Wettstreit der Systeme“ übernommen hatte und ausschließlich positiv wertete. Denn dafür war schon die erste Voraussetzung nicht erfüllt, wie ich damals notierte, nämlich „daß jeder die Seite, auf der er streiten will, frei wählen kann . . .“ Die Diskussionen darüber waren mir wichtiger als über die ideologischen Inhalte. Aber selbst wer diese Inhalte zitierte, wurde abgemahnt: dass dieses Papier nicht für die Argumentation innerhalb der DDR gedacht sei.

Völlig unübersichtlich wird die Lage beim Versuch, christliches und politisches Handeln in der DDR und das von Personen und Kirche auseinander zu halten, da es zahlreiche Kirchenvertreter gab, die Oppositionsgruppen (politisch) disziplinierten mit Verweis auf den religiösen Auftrag der Kirche und fragliche theologische Argumentationsketten vortrugen. Sie bewiesen damit vor allem, dass sie wenig Verständnis für Politik und Machtfragen hatten, indem sie unbewusst die Rolle des totalitären Staates übernahmen. Da war es sogar manchmal einfacher, mit denen zu streiten, die diese Rolle bewusst spielten, auch wenn wir das damals nicht wussten. Die Begriffe IM oder Inoffizieller Mitarbeiter waren zwar unbekannt, aber dass verdeckte Stasispitzel mehr oder weniger immer dabei sein konnten, vergrößerte für alle diese Unübersichtlichkeit.

Zwei Konfliktlinien

Da ich kein undifferenziertes Bild der Kirchen in der DDR zeichnen möchte, beschränke ich mich auf zwei wesentliche Konfliktlinien aus diesen vergangenen Tagen, die meines Erachtens auch heute für die Fragen nach christlichem Reden und Handeln relevant sind:

Erstens: Wir müssen klar auseinander halten, wo wir über Glaube und Religion sprechen und es um das Evangelium Jesu Christi geht und wo wir im politischen Interessenstreit mehr oder weniger offen Machtfragen thematisieren. Damals wie heute wäre schon viel gewonnen, wenn wir versuchten, in beiden Feldern ehrlich zu sein. Das würde bedeuten, das Zentrum unseres Glaubens nicht aus dem Auge zu verlieren und in der Politik nicht heuchlerisch oder naiv von Sachfragen zu sprechen, solange die Machtfragen die Hauptrolle spielen. Weder Transzendenz noch Macht sind aber Begriffe, mit denen die meisten Menschen heute etwas anfangen können.

Es hilft auch kaum, über den Rückgang der Amtskirche und den schwindenden Einfluss kirchlicher Institutionen zu klagen, wenn die geistlichen Inhalte, für die sie stehen sollen, dabei auf der Strecke zu bleiben drohen. Welch einen gottverlassenen Eindruck eine Region macht, hängt also nicht nur damit zusammen, wie viele Katholiken oder Protestanten dort leben, wie viele Kirchen dort stehen und wie viele Stunden Religionsunterricht dort an staatlichen Schulen erteilt werden. Es bleibt nach meiner Überzeugung – so wichtig das andere alles ist und nicht vernachlässigt werden darf – die große Herausforderung für jeden einzelnen Christen, sein Christsein selbst leben und zeigen zu wollen. Wenn (Kirchen-)Macht wichtiger ist als Jesus Christus und die Heilige Schrift, dann ist das im Bereich von Institutionen und Politik etwas durchaus Normales und Selbstverständliches; aber es beschreibt höchstens die halbe Wirklichkeit. Das Fehlen einer (christlichen) Orientierung fällt so lange nicht auf, wie wir uns im jeweiligen System machtkonform oder auch nur entsprechend den intern geltenden Regeln verhalten. Erst wenn

der Mut gefordert ist und wir in unserer je individuellen Verantwortung gefragt sind, diese Grenzen des Normalen und Üblichen zu überschreiten, brauchen wir festen Halt und tiefe Wurzeln. Auch Kirchen und Politik verdanken ihre christliche Orientierung den konkreten Menschen, die versuchen, glaubwürdig als Christen zu leben.

Und *zweitens*: Es ist von wesentlicher Bedeutung, wie tief und wie existenziell ich die je unterschiedlichen Fragen aus diesen beiden Lebenswirklichkeiten an mich heranlasse und die Spannung zwischen Geist und Macht, zwischen Christsein und Politikersein aushalte. Auch das ist kein neuer Gedanke, denn die Geschichte nach Luther hat bewiesen, dass die großen Themen seiner Theologie: Gesetz und Evangelium, Reich Christi und Reich der Welt, Glaube und Rechtfertigung, Freiheit und Unfreiheit, auch die Spannungsquellen sind, denen immer wieder die großen Bewegungen in den christlichen Kirchen und den Völkern Europas entsprungen sind.

Friedrich Nietzsche formulierte im *Willen zur Macht* eine ähnlich tief greifende Frage: „Wie viel Wahrheit erträgt, wie viel Wahrheit wagt ein Geist?“

Richtstuhl Christi

Wenn es richtig ist, auf der Suche nach christlichem Handeln derart grundsätzlich oder existenziell zu fragen, wovon ich überzeugt bin, dann haben wir, um es modern zu formulieren, ein Kommunikationsproblem. Das Thema ist weder für breite Bevölkerungsschichten einfach nachvollziehbar und wählerwirksam, noch ist so viel Ernsthaftes passfähig für die Spaßgesellschaft.

Ich bin allerdings überzeugt, dass ein vom Christsein des Einzelnen bestimmtes Handeln von ganz wesentlicher Bedeutung ist –

in jedem politischen System. Immer ist damit die Aufgabe verbunden, sich eine eigene Meinung zu bilden, und die Bereitschaft, persönlich Verantwortung für das eigene Reden und Handeln zu übernehmen. Das ist nicht wenig, aber doch nur eine notwendige Voraussetzung und besagt noch nichts über ein spezifisch christliches Handeln. Gibt es das überhaupt (noch)?

Ich glaube, der entscheidende Hinweis liegt in dem Wörtchen Verantwortung. Im Begriff der Verantwortung liegt nämlich eine doppelte Verweisung. Wir sind nicht nur verantwortlich für eine Sache oder für andere Menschen. Wir sind auch verantwortlich vor einer Instanz, die diese Verantwortung begründet. Und dabei geht es nicht nur um die Verantwortung des Politikers vor seinen Wählern, des Beamten vor seinem Vorgesetzten oder des Schülers vor seinem Lehrer. Wir sprechen in der Union oft vom christlichen Menschenbild. Wenn wir es ernst meinen damit und uns vor theologischen Begriffen nicht fürchten, so geht es wohl letztlich um die Verantwortung jedes Menschen vor dem Richtstuhl Christi.

Kann dieses Wissen helfen, oder ist es nicht vielmehr geeignet, uns und erst recht allen, die sich darauf nicht einlassen wollen, das Fürchten oder zumindest das Kopfschütteln zu lehren?

Ich meine, dass genau an dieser Stelle das Gespräch auch mit den Menschen beginnen kann, die einen so transzendental aufgeladenen Verantwortungsbegriff ablehnen. Wir alle sagen doch: Wir tragen Verantwortung für unser Handeln. Handeln ist auf Zukunft gerichtet, und Handlungsspielraum besteht nur, wenn es Wahlmöglichkeiten gibt. Für das Notwendige auf der einen Seite und das Unmögliche auf der anderen tragen wir keine Verantwortung. Aber wenn

verschiedene Möglichkeiten bestehen, entscheiden wir uns für eine bestimmte Richtung. Auch wenn wir nicht handeln, bleibt die Verantwortung für das, was geschieht, bei uns.

Christliches Handeln heute ist für mich undenkbar ohne Transzendenz. Wir sagen Gott-Vater, Sohn und Heiliger Geist; Nietzsche sprach vom Übermenschen. Wer das alles leugnet, sagt dennoch: Schicksal. Und wenn wir ernsthaft fragen würden, was diese Welt (immer noch) treibt, dann könnte es sein, dass die Antwort in der tiefen Sehnsucht der Menschen nach Religiosität zu suchen ist. Das Streben nach dem großen Geld, dem letzten Kick, dem einzigartigen Sex, der lebenslangen Gesundheit und der Leben verlängernden Medizin oder der esoterischen Bewusstseinsweiterung ist ja real vorhanden. Irrational daran ist im Grunde nur der Wunsch, damit sein eigenes, ganz persönliches Leben und Sterben in den Griff zu bekommen. Politik kann hier nur sehr begrenzt etwas leisten. Aber vielleicht überzeugt sie mehr und hilft damit auch den Menschen, besser mit ihren Problemen und Fragen umzugehen, wenn Politiker um diese letzten Dinge wissen. Dieses Wissen ist heute bei Christen oft nicht viel ausgeprägter als bei Nichtchristen. Es muss ja nicht gleich als Missionsauftrag verstanden werden, aber wir sollten eine Debatte führen, was wir mit dem Begriff Verantwortung verbinden und welche Bedeutung dabei dem christlichen Menschenbild für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und auch der Christlich Demokratischen Union zukommt. Damit soll nicht der Versuch verbunden werden, das Parteiprogramm neu zu formulieren. Vielmehr geht es um ein Gespräch zwischen Menschen in allen und zwischen allen Lebensbereichen, das zu neuer Klarheit im

Denken und Reden führt. Erst wenn wir uns über die geistigen Grundlagen unserer eigenen Gesellschaft neu bewusst werden, haben wir die Chance zu neuem christlichen Handeln. Gemeint ist damit nicht das Handeln von Christen, sondern von allen, die eine andere Verantwortung, dieses „Vor dem Richterstuhl Gottes Antwort geben müssen“ kennen oder auch nur als Möglichkeit gelten lassen.

Auch christliches Handeln muss Rücksicht nehmen auf Erfolgskriterien, nach denen Aufstieg und Fall in dieser Welt organisiert werden, aber nicht nur. Dieses Handeln hat einen Mehrwert an Wissen und damit immer ein paar zusätzliche Optionen. Vielleicht kann man es auch ganz einfach sagen: Christliches Reden und Handeln ist Reden und Handeln mit etwas mehr Mut. Dieser Mut, der uns neue Handlungsräume öffnet, kommt immer aus beidem, aus Selbstvertrauen und Gottvertrauen. Es ist kein Übermut, weil wir uns selbst nicht überschätzen und Gott nicht unterschätzen. In Anlehnung an einen schönen Aphorismus von Stanislaw Lec könnte man formulieren: Der Preis, den man für diesen Mut zahlen muss, sinkt, wenn die Nachfrage steigt.

Und was hat das noch mit den neuen Ländern zu tun? Zugegebenermaßen wenig; aber eigentlich heißt der Aphorismus ja auch: Der Preis, den man für die Freiheit zahlen muss, sinkt, wenn die Nachfrage steigt. Es ist unsere ostdeutsche Erfahrung, dass es sich trotz aussichtsloser Lage lohnt, die Nachfrage zu steigern. Der Erfolg kommt unerwartet und plötzlich. Ist die Freiheit dann allerdings umsonst zu haben, bleiben nicht Revolutionäre, sondern Menschen zurück. So mag das auch mit dem Mut sein: Erst braucht man Heilige, und zurück bleiben immer nur Menschen.